

Einmischen zum Wohle der Beschäftigten



Willi Russ rief die Arbeitgeber auf, endlich ein verhandlungsfähiges Angebot vorzulegen und kündigte Warnstreiks an.

„Wir hätten gerne eine ideale Welt. Aber es gibt sie nicht. Auch nicht in der Finanzverwaltung. Deshalb mischen wir uns ein; zum Wohle der Beschäftigten!“ Mit diesen Worten veranschaulichte Bezirksvorsitzende Helene Wildfeuer im Rahmen ihres Lageberichtes bei der diesjährigen Fachtagung der nordbayerischen Orts- und Personalratsvorsitzenden, wie wichtig das Engagement der bfg und ihrer Personalräte ist. Das breite Themenspektrum und die Vielzahl der Gäste, die der Einladung der Bezirksvorsitzenden nach Ebermannstadt gefolgt waren, zeigten im weiteren Verlauf, an welchen Stellen genau dieses Engagement notwendig war und ist. Im Mittelpunkt der Tagung stand jedoch aus aktuellem Anlass die Einkommens- und Tarifrunde 2013. Einen Blick hinter die Kulissen ermöglichte den über 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Tagung dabei der Verhandlungsführer des dbb beamtenbund und tarifunion und deren Zweiter Vorsitzender Willi Russ.

Willi Russ legte auf seinem Weg von Tarifverhandlungen in Frankfurt nach Berlin eigens für die bfg-Tagung einen Stopp in Ebermannstadt ein. Er informierte die Orts- und Personalratsvorsitzenden aus erster Hand mit Hintergrundinformationen zur aktuellen Tarif- und Einkommensrunde. Nachdem die TdL bisher noch kein Angebot vorgelegt habe, hätten die Gewerkschaften nach der 2. Verhandlungsrunde zu Warnstreiks aufgerufen. Der dbb fordere eine lineare Erhöhung der Tabellenentgelte um 6,5 Prozent sowie eine Erhöhung der Ausbildungsentgelte um 100 Euro. Die Verhandlungen mit der TdL würden in diesem Jahr durch die auszuhandelnde Anzahl der Jahresurlaubstage sowie die Schaffung einheitlicher Einkommensbedingungen für Lehrkräfte im Angestelltenverhältnis deutlich erschwert. Russ forderte die Arbeitgeber auf, endlich ein verhandlungsfähiges Angebot vorzulegen und kündigte an, den Forderungen mit Warnstreiks und Protestmaßnahmen Nachdruck zu verleihen. Bezirksvorsitzende Helene Wildfeuer sicherte ihm dabei die Unterstützung der nordbayerischen bfg-Ortsverbände bei den anstehenden Protestmaßnahmen zu.

Verhandlungsrunden immer noch kein Angebot vorgelegt hätten. Es sei ökonomischer Fakt, dass es der Bundesrepublik in den vergangenen Jahren sehr gut gegangen sei. Der öffentliche Dienst habe einen Anspruch darauf, an

dieser Entwicklung beteiligt zu werden. Bayern selbst sei für seine 100.000 Angestellten und 200.000 Beamten verhandlungsbereit und wolle zu einem fairen und angemessenen Abschluss kommen. Hüllmantel zeigte sich opti-

Fortsetzung Seite 36



Bezirksvorsitzende Helene Wildfeuer



Abteilungsleiter Wilhelm Hüllmantel



Präsident Dr. Roland Jüptner



Referatsleiter Jürgen Engelhardt

Hüllmantel kritisiert Verhandlungsführung der Arbeitgeber

Mit der aktuellen Tarif- und Einkommensrunde sowie der Frage, wie sich der Jahresurlaub auf die Verhandlungen auswirken wird, setzte sich auch Ministerialdirigent Wilhelm Hüllmantel auseinander. Hüllmantel, der als Leiter der Personalabteilung im Staatsministerium der Finanzen auch die Tarifverhandlungen begleitet, kritisierte, dass die Arbeitgeber nach zwei



HPR-Vorsitzender Gerhard Wipijewski



DSTG-Chef Thomas Eigenthaler

mistisch, dass es auch bei der Frage des Jahresurlaubs zu einem Kompromiss kommen werde. Bayern werde das Ergebnis der Tarifrunde ohne Abstriche auf die Beamtinnen und Beamten übertragen. Dies habe Finanzminister Söder bereits zugesagt.

Wildfeuer: „Großes personales Potenzial durch Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf“

Die anschließende Diskussion nutzte Bezirksvorsitzende Helene Wildfeuer, um an den für das Dienstrecht zuständigen Ministerialdirigenten aktuelle Problemstellungen heranzutragen. So erneuerte sie die Forderung nach einer zeitnahen Anpassung der Dienstpostenbewertung in der 4. Qualifikationsebene. Insbesondere in der Betriebsprüfung und der Steuerfahndung, um somit Dienstposten für die modulare Qualifizierung zu schaffen. Hinsichtlich der hohen personellen Unterbesetzung machte Wildfeuer deutlich, dass durch einen Ausbau der Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf noch ein großes personales Potenzial gewonnen werden könne. Beispielsweise durch eine Erweiterung der Telearbeit auch auf unterhäftige Teilzeitarbeitsverhältnisse.

Jüptner: „Wir wollen in der Fläche bleiben“

„Geht es bei der Frage der Standorte der Finanzämter künftig nur noch nach der Wirtschaftskraft und der Wirtschaftlichkeit?“ Mit dieser von der Bezirksvorsitzenden aufgetragenen Fragestellung hatte sich der Präsident des Bayerischen Landesamts für Steuern auseinandersetzen. Dr. Jüptner beantwortete die Frage eindeutig: „Wir wollen mit den Finanzämtern in der Fläche bleiben“. Jüptner zeigte in seiner Analyse auf, dass alle bayerischen Finanzämter „rentabel“ arbeiten würden. Selbst die Finanzämter in dem wirtschaftlich schwächsten Regierungsbezirk Oberfranken würden pro MAK Steuereinnahmen in Höhe von 2,8 Millionen Euro erwirtschaften. Angesichts dieser Zahlen verwehre er sich in aller Deutlichkeit dagegen, dass diese Arbeit als nicht wirtschaftlich angesehen werden könnte. Handlungsbedarf sieht Jüptner allerdings bei der Fragestellung, „welche Arbeiten an den Finanzämtern und Außenstellen erledigt werden müssen“. Für ihn stehe dabei neben der Frage der Wirtschaftlichkeit insbesondere das Wohl der Beschäftigten im Vordergrund. So würden Kleinteiligkeiten und Mehrfachzuständigkeiten oftmals organisatorische Probleme schaffen,



Helene Wildfeuer konnte während der Tagung Paul Rebele vom Ortsverband Dinkelsbühl und Werner Bauer vom Ortsverband Waldmünchen für 40 Jahre Mitgliedschaft ehren.

die schlecht für das Wohl der Beschäftigten seien. Organisationsoptimierungen hätten deshalb in erster Linie im Interesse der Beschäftigten zu erfolgen. Im zweiten Teil seiner Ausführungen ging der Präsident dann auf die Problemstellungen der gestiegenen Einstellungszahlen in einem von hoher Arbeitsbelastung geprägtem Umfeld ein. Trotz der schwierigen Rahmenbedingungen, müsse eine angemessene Ausbildung gewährleistet werden. Ziel des Landesamts sei eine möglichst gleichmäßige Verteilung der Belastung unter Berücksichtigung der örtlichen Besonderheiten. Dazu sicherte er die Einbindung der Bezirkspersonalräte zu.

Selbststeuerung in Zeiten von Personalmangel und hohen Arbeitsrückständen

Mit der Problemstellung, warum Controlling und Steuerung gerade in Zeiten von Personalmangel und hohen Arbeitsrückständen sinnvoll ist, beschäftigte sich der Leiter des für Controlling zuständigen Referats beim Landesamt für Steuern, Jürgen Engelhardt. Engelhardt betrieb eingangs eine zutreffende Analyse der Rahmenbedingungen: komplizierte und schnell wechselnde Steuergesetze, steigende Fallzahlen, ein verändertes Verhalten der Steuerbürger, neue IT-Verfahren - bei beschränkten personellen Kapazitäten und einem Durchschnittsalter von über 47 Jahren. Ohne Steuerung würden sich in dieser Situation die bisher schon vorhandenen Probleme um ein Vielfaches multiplizieren. Wichtigstes Werkzeug sei die Kommunikation mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Die Aufgabe der Führungskräfte sei es, gemeinsam mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern nach Verbesserungen zu suchen und erfolgversprechende Maßnahmen zu diskutieren.

Dienstpostenbewertung auf dem Prüfstand

Der stellvertretende Landesvorsitzende und Vorsitzende des Haupt-

personalrats im Bayerischen Staatsministerium der Finanzen, Gerhard Wipijewski, informierte über verschiedene Themen, die derzeit beim Hauptpersonalrat auf der Agenda stehen. Im Mittelpunkt stand dabei die Dienstpostenbewertung in den Finanzämtern. Wipijewski berichtete über die dazu im Finanzministerium eingerichtete Arbeitsgruppe, die mittels einer analytisch-summarischen Bewertung jeden einzelnen der weit über 100 Dienstposten auf den Prüfstand stelle. Nachdem in nunmehr annähernd 2 Jahren und 12 Sitzungen allerdings gerade einmal ein Viertel aller Dienstposten bewertet seien, sei die gewählte Vorgehensweise in Frage zu stellen. Schließlich sei aufgrund aktueller Entwicklung akuter Handlungsbedarf in verschiedenen Bereichen. Beispielhaft nannte auch Wipijewski die fehlenden Dienstposten der 4. Qualifikationsebene für die modulare Qualifizierung in der BP und Steufa. Darüber hinaus sprach er sich für eine rasche Bewertung des stellvertretenden Kassenleiters der zentralen Finanzkasse nach A 12 aus bzw. der Bearbeiterinnen und Bearbeiter in der Betriebsnahen Veranlagung.

Eigenthaler: „Steuervollzug ist in desolatem Zustand!“

Erstmals zur Gast bei der bfg Nordbayern war DSTG-Bundesvorsitzender Thomas Eigenthaler. In seinem Beitrag ging es vor allem um die für die Beschäftigten wichtigen Fragen zum Steuervollzug und zur Steuerpolitik. Der praktische Steuervollzug befinde sich, nach seinen Worten, angesichts eines schrumpfenden Personalkörpers und eines hochkomplizierten Steuerrechts, in einem desolaten Zustand. Die Möglichkeiten, dies durch modernen EDV-Einsatz aufzufangen, seien noch unzureichend und verbesserungswürdig. EDV-Verfahren und moderne Technik fielen nicht einfach vom Himmel, sondern es müsse auch hier bundesweit ordentlich und sachgerecht investiert werden. Im Übrigen bilanzierte der DSTG-Chef die steuerpolitischen Erfolge der DSTG.